

Anno ... 48. Woche

1916, 2. Dezember: Der Deutsche Reichstag beschließt mit den Stimmen der sozialdemokratischen Fraktion, aber gegen die Stimmen der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft das »Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst«, mit dem jeder männliche Deutsche zwischen 17 und 60 Jahren zum Hilfsdienst während des Krieges verpflichtet werden kann. Das Recht auf freie Wahl des Arbeitsplatzes wird damit aufgehoben.

1936, 1. Dezember: Mit dem »Gesetz über die Hitlerjugend« wird die Zwangsmitgliedschaft aller deutschen Mädchen und Jungen in den NSDAP--Jugendorganisationen »Bund Deutscher Mädel« und »Hitlerjugend« verordnet. Die faschistischen Jugendgruppen wachsen daraufhin bis zum Jahr 1939 auf 8,7 Millionen Mitglieder an.

1936, 5. Dezember: Der VIII. außerordentliche Sowjetkongress nimmt die neue, zweite Verfassung der UdSSR an. Diese garantiert u. a. das Recht auf Arbeit und Erholung und schreibt die Trennung von Kirche und Staat sowie die Gleichberechtigung der Geschlechter und Völker fest. Auch Rede-, Presse- und Versammlungsfreiheit werden gesetzlich gewährleistet. Die Verfassung wird ungeachtet der zur gleichen Zeit stattfindenden Schauprozesse als eine der demokratischsten der Welt wahrgenommen.

1946, 2. Dezember: Mit einer Vereinbarung zwischen den Außenministern der USA und Großbritanniens wird – im Widerspruch zum Potsdamer Abkommen – der wirtschaftliche Zusammenschluss der amerikanischen und der britischen Besatzungszone in Deutschland vollzogen. Mit der sogenannten Bizone wird die Abspaltung Westdeutschlands vorbereitet.

1966, 1. Dezember: Nach dem Rücktritt Ludwig Erhards (CDU) als Bundeskanzler wird in Bonn erstmals eine Regierung der Großen Koalition aus CDU/CSU (elf Minister) und SPD (neun Minister) gebildet. Der Nazipropagandist Kurt Georg Kiesinger (CDU) wird neuer Kanzler, Franz Josef Strauß (CSU) Verteidigungsminister; neben Vizekanzler und Außenminister Willy Brandt (SPD) übernehmen u. a. dessen Parteifreunde Karl Schiller und Herbert Wehner das Wirtschafts- und das für sogenannte gesamtdeutsche Fragen zuständige Ressort. Das neuartige Koalitionsmodell überlebt allerdings die nächste reguläre Wahl 1969 nicht, nach der die SPD den Kanzler (Brandt) und die FDP den Vizekanzler (Walter Scheel) stellt.

<https://www.jungewelt.de/artikel/415430.anno-48-woche.html>